

| | | |
|---|---|---|
| <p>STELLUNGNAHME zum Interfraktionellen Antrag</p> <p>SPD-Gemeinderatsfraktion GRÜNE-Gemeinderatsfraktion KULT-Gemeinderatsfraktion Stadtrat Niko Fostiropoulos (Die Linke)</p> <p>vom: 20.10.2015 eingegangen: 20.10.2015</p> | <p>Gremium:</p> <p>Termin: Vorlage Nr.: TOP:</p> <p>Verantwortlich:</p> | <p>17. Plenarsitzung Gemeinderat</p> <p>24.11.2015 2015/0611 28.1 öffentlich Dez. 1</p> |
| <p>Stellungnahme des Gemeinderates der Stadt Karlsruhe zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) sowie zu CETA und TiSA</p> | | |

- Kurzfassung -

Die Verwaltung begrüßt die Initiative zu einer gemeinsamen Stellungnahme, verweist auf ihre ausführlichen Erläuterungen zum Themenkomplex in den gemeinderätlichen Sitzungen vom 20.05.2014, 09.12.2014 und 13.08.2015.

Die Verwaltung regt folgende Ergänzungen der Stellungnahme an.

| | | | |
|--|--|---|---|
| Finanzielle Auswirkungen des Antrages nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> | | | |
| Gesamtkosten der Maßnahme | Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.) | Finanzierung durch städtischen Haushalt | Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen) |
| | | | |
| Haushaltsmittel (bitte auswählen) Kontenart: Kontierungsobjekt: (bitte auswählen) Ergänzende Erläuterungen: | | | |
| ISEK Karlsruhe 2020 - relevant | nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> | Handlungsfeld: (bitte auswählen) | |
| Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO) | nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> | durchgeführt am | |
| Abstimmung mit städtischen Gesellschaften | nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> | abgestimmt mit | |

Erläuterungen:

Die Verwaltung verweist auf die ausführlichen Erläuterungen der städtischen Dienststellen und Gesellschaften zu der Anfrage der Gemeinderatsfraktion DIE GRÜNEN vom 13.08.2015 ("Auswirkungen von TTIP auf städtische Leistungen und Standards", Vorlage der Verwaltung zur Sitzung des Gemeinderats am 29.09.2015) sowie auf die Vorlagen der Verwaltung vom 09.12.2014 und 20.05.2014.

Vor dem Hintergrund der großen öffentlichen Resonanz auf die Verhandlungen zum TTIP-Abkommen und deren Relevanz u. a. für den Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge und der öffentlichen Vergabe, begrüßt die Verwaltung die Initiative zu einer gemeinsamen Stellungnahme.

Mögliche Ergänzungen würden aus Sicht der Verwaltung die folgenden Aspekte betreffen:

1. Herstellen eines lokalen Bezugs im Hinblick auf die zum Ausdruck gebrachten Bedenken der Karlsruher Bürgerinnen und Bürger zu etwaigen negativen Auswirkungen von TTIP:

Als politisches Positionspapier des Gemeinderats richtet sich die Stellungnahme in erster Linie an die Karlsruher Bürgerinnen und Bürger. Die Verwaltung regt an, dass die Stellungnahme explizit auf die vielfach gegenüber Verwaltung und Politik zum Ausdruck gebrachten Bedenken und Befürchtungen der Bürgerinnen und Bürger Bezug nimmt und damit aufzeigt, dass diese von Seiten des Gemeinderats aufgegriffen werden.

Die öffentliche Kritik an TTIP hat in den letzten Monaten bundesweit stark zugenommen. Auch in Karlsruhe gab es eine Vielzahl von Veranstaltungen zu TTIP, u.a. einen Aktionstag im April 2015, der von der europaweiten Initiative "Stopp TTIP" organisiert wurde und von einem breiten Spektrum Karlsruher Organisationen, Vereine, Aktionsbündnisse etc. unterstützt wurde. Zudem sind bei der Stadtverwaltung über 1000 Postkarten der Aktion "Stopp TTIP" eingegangen. Es ist damit zu rechnen, dass der Protest gegen TTIP anhalten wird, da sich die Verhandlungen noch bis 2016 hinziehen werden und sich nach Verhandlungsabschluss neben dem Europäischen Parlament voraussichtlich auch noch der Bundestag und der Bundesrat mit TTIP be-

fassen werden. Das Thema bleibt in der Zivilgesellschaft also präsent; die gegenüber Politik und Verwaltung geäußerten Bedenken sollten daher mit aufgenommen werden.

2. Unterstützung der Forderung nach einer verstärkten Einbindung kommunaler Interessenvertreter im Sinne eines Multi-Level-Governance-Ansatzes:

Neben der fachlich-inhaltlichen Argumentation erachtet es die Verwaltung als wichtig, dass die Stellungnahme auch ausdrücklich auf die Notwendigkeit einer verstärkten Einbindung kommunaler Interessenvertreter in die beratenden Gremien auf nationaler und internationaler Ebene hinweist und damit entsprechende Forderungen der kommunalen Spitzenverbände (und ihrer Europabüros) unterstützt. Aus Sicht der Stadtverwaltung ist diese Einbindung auch weiterhin für eine vorausschauende und effektive Vertretung kommunaler Interessen von Bedeutung. Zudem wird dadurch sichergestellt, dass Informationen zu aktuellen Diskussionspunkten der TTIP-Verhandlungsrunden zurück in die Stadtverwaltungen fließen; durch die Rückspiegelung von Informationen auf die kommunale Ebene werden Politik und Stadtverwaltung in der Lage versetzt, zeitnah auf etwaige nachteilige Auswirkungen von TTIP zu reagieren. Mit einer entsprechenden Ergänzung würde der kommunalen Interessenvertretung durch die kommunalen Spitzenverbände das Vertrauen ausgesprochen werden.

In diesem Zusammenhang bietet es sich zudem an, die Einrichtung des überparteilichen TTIP-Beirats Baden-Württemberg ausdrücklich zu begrüßen, da dieser nicht nur die Transparenz erhöht, sondern auch den Informationsfluss zur kommunalen Ebene verbessert.

3. Forderung nach einer versachlichten Diskussion in Politik und Gesellschaft:

Vor dem Hintergrund der sehr kontrovers, teilweise emotional und einseitig geführten Diskussion in Gesellschaft, Politik und Medien regt die Verwaltung an, dass sich der Gemeinderat in seiner Stellungnahme ausdrücklich für eine versachlichte Auseinandersetzung mit dem Thema TTIP aussprechen würde und damit zur Aufklärung der Öffentlichkeit - insbesondere mit Blick auf eine objektive Abwägung der Vor- und Nachteile des Abkommens - beitragen würde.